

Wie Walter Ulbricht und Nikita Chruschtschow den Mauerbau beschlossen

Von Sven Felix Kellerhoff 30. Mai 2009, 02:22 Uhr

Ein neu gefundenes Telefonprotokoll zeigt: Der SED-Chef manipulierte den Sowjetführer geschickt, um die Grenzsperrung zu seinen Bedingungen zu erreichen

Um 1.05 Uhr morgens gingen die Lichter aus: Auf einmal lag das sonst hell angestrahlte Brandenburger Tor im Dunkeln. So waren nun, in der warmen Nacht vom 12. auf den 13. August 1961, nur Schemen zu erkennen, die durch das Wahrzeichen der längst geteilten Stadt in Richtung Westen huschten und sich westlich davon aufrehten.

Sechs Minuten später unterbrach der Ost-Berliner Rundfunk sein Programm für eine Sondermitteilung: "Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um West-Berlin eine verlässliche Bewachung gewährleistet wird." Es war die offizielle Rechtfertigung für den Mauerbau.

Ein jetzt beim Geschichtsforum 1989/2009 in der Berliner Humboldt-Universität erstmals veröffentlichtes Dokument zeigt, wie es zu dieser Mitteilung und zur Entscheidung zum Mauerbau kam. Es handelt sich um das Wortprotokoll eines Telefonats, das der sowjetische KP-Chef Nikita Chruschtschow und sein deutscher Satrap Walter Ulbricht führten. Das Original wurde erst kürzlich vom Präsidentenarchiv der Russischen Föderation an das ebenfalls kaum zugängliche Staatsarchiv für Zeitgeschichte abgegeben. Entdeckt hat das Dokument der Historiker Matthias Uhl vom Deutschen Historischen Institut in Moskau. Zusammen mit der Deutsch-Russischen Historikerkommission arbeitet er an einem Forschungsprojekt zu Chruschtschows Außenpolitik - und durfte deshalb ausnahmsweise die Akten benutzen.

In dem Telefonat, das von 15.40 bis 18 Uhr dauerte, ging es zunächst um Probleme der Landwirtschaft in der DDR und darum, ob die Sowjetunion Ingenieure nach Ostdeutschland schicken sollte, um den Arbeitskräftemangel durch die Fluchtbewegung zu mildern. Dann kam Ulbricht zum eigentlich wichtigen Thema: "Jetzt zur Schließung der Grenze. Welcher Termin ist der beste? Was machen wir in dieser Frage?" Nach kurzem Geplänkel präsentierte der SED-Chef einen offenbar nicht ernst gemeinten Vorschlag: "In dieser Woche wird Ebert sich an die Bevölkerung der DDR mit der Bitte wenden, bis zur Normalisierung der Lage von Reisen nach Berlin abzusehen", berichtete er. Der Sohn des früheren Reichspräsidenten, inzwischen als ebenso treuer wie ungefährlicher Gefolgsmann Ulbrichts Oberbürgermeister von Ost-Berlin, sollte also vorgeschickt werden.

Doch das war nicht alles: "Zugleich wird der Autobusverkehr nach Berlin eingestellt. Aber die Leute werden fragen, weshalb sie nicht in ihre eigene Hauptstadt fahren dürfen. Das muss man erklären." Ulbricht hatte seinen Köder ausgeworfen - und Chruschtschow biss an: "Das darf man

nicht zulassen; sie müssen die Möglichkeit haben, in ihre Hauptstadt zu fahren." Jetzt hatte der SED-Chef den ersten Mann der Supermacht, wo er ihn haben wollte. Rasch fügte Ulbricht an: "Technisch können wir das in zwei Wochen vorbereiten."

"Das" - gemeint war damit, wie auch Chruschtschow aus mehreren früheren Gesprächen zweifellos wusste, die Absperrung der Sektorengrenze zu West-Berlin. Und nun bekam Ulbricht vom KPdSU-Chef die erhoffte Genehmigung, um die er seit Monaten erfolglos gebeten, ja fast gebettelt hatte: "Führt das durch, wann Ihr wollt. Wir können uns jederzeit darauf einrichten."

Doch Ulbricht sicherte sich, erfahren durch sein erfolgreiches Lavieren während des stalinistischen Terrors, ab: "Fürchten Sie keine Auswirkungen auf die westdeutschen Wahlen, dass das Adenauer und Brandt hilft?" Chruschtschow antwortete hemdsärmelig: "Ich denke, Adenauer wird gewinnen. Wir machen hier keine politischen Spiele. Sie sind beide Halunken. Brandt ist schlimmer als Adenauer."

Dann fügte der KPdSU-Chef einen wesentlichen Vorschlag hinzu: "Wir müssen ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlichen, wo die DDR im Interesse der sozialistischen Länder gebeten wird, die Grenze zu schließen. Dann machen Sie das auf unsere Bitte. Das ist keine innere, keine wirtschaftliche, sondern eine allgemein politische Angelegenheit." Genau so sollte es geschehen; am 13. August 1961 um 1.11 Uhr morgens.

Taktisch klug bohrte Ulbricht noch weiter. Erneut machte er einen offenkundig unsinnigen Vorschlag, damit Chruschtschow ihm im Gegenzug vorschlagen konnte, was auch er wirklich wollte: "Vor Durchführung dieser Maßnahme muss ich erläutern, wie unsere Wirtschaftspolitik aussehen wird, damit das alle wissen."

Und wieder tappte Chruschtschow in die Falle: "Dazu habe ich eine andere Meinung. Vor Einführung des neuen Grenzregimes sollten Sie überhaupt nichts erläutern, denn das würde die Fluchtbewegung nur verstärken und könnte zu Staus führen." Dann verkündete der Führer der Sowjetunion den Plan: "Wir lassen euch jetzt ein, zwei Wochen Zeit, damit Ihr euch wirtschaftlich vorbereiten könnt. Dann beruft ihr das Parlament ein und verkündet: ‚Ab morgen werden Posten errichtet und die Durchfahrt verboten. Wer passieren will, kann das nur mit Erlaubnis bestimmter Behörden der DDR tun.‘"

Scheinbar kleinlaut stimmte Ulbricht zu: "Das ist ein richtiges Argument." Damit war der Mauerbau beschlossen. Nun blieben der SED noch zwölf Tage, weil die Absperrung in einer Nacht von Samstag auf Sonntag erfolgen sollte. Im weiteren Verlauf des Gesprächs gab der SED-Chef zu erkennen, wie weit die Vorbereitungen seines Vertrauten Erich Honecker schon gediehen waren: "Wir haben einen bestimmten Plan. In den Häusern, die Ausgänge nach West-Berlin haben, werden die vermauert. An anderen Stellen werden Stacheldrahthindernisse errichtet. Der Stacheldraht ist bereits angeliefert. Das kann alles sehr schnell geschehen." Tatsächlich ging es dann ganz schnell - und endlich ist bekannt, wann und wie die Grundsatzentscheidung zum Bau der Berliner Mauer fiel.
